

Dresdner Volkszeitung

Postgeschäft: Leipzig.
Faden & Komp. Nr. 20018.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Geschäft: Grünthal, Dresden.

Aboverreisungspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Lust einheitlich Brüderlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen einzeln 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weltenergie 10. Tel. 25261.
Sprechende Uhr zwischen 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weltenergie 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespresse in Teile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinssaggen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 61.

Dresden, Donnerstag den 14. März 1918.

29. Jahrg.

Odessa besetzt. — Kurland und Reichstags-Mehrheit.

Eine bedeutungsvolle Wahlkampf.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Heute am 14. März findet in Niederbarnim eine Wahl statt, die für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung von großer Bedeutung sein wird. Es handelt sich um den Wahlkreis Niederbarnim, der seit 30 Jahren eine Hochburg der Sozialdemokratie ist und doch in einem so heftigen Wahlkampf umstritten wird, wie während des Krieges noch kaum einer ausgeschlagen wurde.

Diese Lebhaftigkeit des Wahlkampfes röhrt nicht von den Auftreten dreier bürgerlicher Kandidaten her. Konervative, Nationalliberale und Fortschrittsler sind diesmal selbständig vorgegangen und haben sogar einige Agitation geleistet. Der konervative Amtsdirektor Kühn-Wirkenwerder hat sich als ehrlicher Mann und Anhänger eines deutschen Staates im Sinne der Vaterlandsbewegung über die „sogenannte Revolutions“ lustig gemacht, der nationalliberale Stadtrot von Lichtenberg, Dr. Mareki, hat sich für das gleiche Wahlrecht in Preußen begeistert, das seine lieben Kollegen im Brandenburg gerade abweigten, und der fortschrittliche Eisenbahnbundesleiter Otto Hoffmann hat um die Stimmen der vielen Staatarbeiter und Kleinbeamten im Kreise geworben. Aber die bürgerlichen Parteien brachten bei der letzten Wahl nur den zweiten Teil der Stimmen auf, die allein auf die Sozialdemokratie fielen, und nichts spricht dafür, daß sie inzwischen an Boden gewonnen hätten.

Die Entscheidung über den Besitz des Wahlkreises liegt also lediglich zwischen der Sozialdemokratie und den Unabhängigen. Diese beiden Parteien rangen erbittert um den Sitz des Kreises, und für die Leidenschaftlichkeit der Zusammenstöße spricht deutlich genug die Tatsache, daß in Lichtenberg und Weißensee die Unabhängigen durch Värmern die sozialdemokratischen Versammlungen sprengten. Man mag die Wiederherstellung der proletarischen Einigkeit noch so dringend fordern, wenn man einen solchen Wahlkampf mit den Unabhängigen hinter sich hat, dann weiß man, daß man fest auftreten und kräftig Deutlich reden muß, will man nicht von ihnen unter den Schlägen kommen.

Die Häßlichkeit des Kampfes röhrt auch daher, daß über keinen Ausgang niemand, selbst nicht die organisierten Leiter des Wahlkampfes, Auskunft zu geben vermögen. Bei der Parteipaltung ging unter Stadthagens Einfluß zunächst die sozialdemokratische Parteiorganisation des Kreises in ihrer sozialdemokratischen Mehrheit zu den Unabhängigen über. Die Unabhängigen haben denn auch anfangs geglaubt, daß sie nahezu besiegt würden und einen mitleidig herablassenden Ton gegen ihre Partei angeschlagen. Erst allmählich im Laufe des Wahlkampfes wurde ihnen klar, daß Zahlabend-Schlüsse sich zweifellos mit der wirklichen Volksstimme decken müßten: sie erkannten die Gefahr des Verlustes, die ihnen drohte, und verdoppelten ihre Anstrengungen wie ihre fanatischen Angriffe auf die Partei.

Die Unabhängigen haben gelegentlich gesagt, daß sie in diesem Wahlkampfe Sonne und Wind im Gesicht hätten, in einer ungünstiger Lage sitzen müssen. Neuerlich scheint das auch so: sie haben kein täglich erscheinendes Blatt zur Verfügung,立ten stark unter dem Belagerungszustand, hatten Schwierigkeiten mit dem Druck ihres Wahlmaterials und entdeckten zeitweise ihres Kandidaten Dr. Breitscheid, der während des Wahlkampfes vorübergehend zu seinem Amtierungsbezirk reisen mußte. Aber was bedeuten diese kleinen technischen Schwierigkeiten der Wahlarbeit gegenüber der extrem ungünstigen politischen Situation, in der die Partei stand. Der Friede im Osten machte auf weite Kreise natürlich den Glauben, als ob Deutschland doch eine Erobерungspolitik verfolgt und die Partei sich zu ihrem Werkzeug erniedrigt hätte. Von den großen neuen Reformen, deren Durchsetzung die Partei angebaut hat, sind die wichtigsten Stücke noch nicht gejedert. Hätten wir heute schon das gleiche Wahlrecht in Preußen, wären die Unabhängigen in Niederbarnim und überall in einer viel ungünstigeren Lage als sie tatsächlich sind. Die Sozialdemokratie hat sich durch die seineswegs eindeutige Entwicklung der letzten Wochen nicht abschreden lassen, unterhält und rücksichtslos ihre ganzen Ansprüche vor den Wählern auszubreiten. Unser Kandidat, Arbeiterselbstfürst Rudolf Bissell, hat sich mit ungewöndiger Entschiedenheit für die Landesverteidigung und für die schrittweise Reformation im Lande ausgetragen, so klar und entschieden, wie vielleicht kein Parteidirektor vor ihm. Profitische Arbeiterpolitik, z.B. der Fortscholalismus, das eigene Vaterland als Voraussetzung jeder Internationalität — das hat er in immer neuen Gewoissäuden und Bildern den Wählern als seine Grundlage vor Augen geführt.

Die Unabhängigen haben sich demgegenüber weder zur Landesverteidigung noch zu irgendeiner anderen großen politischen Frage klar geäußert. Sie haben sich damit begnügt, mit den „Gemeinschaftsbureaucraten und Parteibozonen“ zu schmähen, von den gebürteten Klubleuten und den Leuten, die direkt zuphantasieren und vor allem recht oft „Regierungsfoszalist“ und wieder „Regierungsfoszalist“ zu sagen. Rudolf Bissell, der seit 30 Jahren in treuer Arbeit das Ber-

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(W. T. B.) Amlich. Großes Hauptquartier, den

14. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten zwischen der End und Scarpe, beiderseits der Maas und im Sundgau in der Gegend von Alzey rege Tätigkeit. Auch an der übrigen Front vielfach lebhafteres Tätigkeitsneuer. Kleinere Infanteriegefechte im Vorfeld der Stellungen.

Gestern wurden im Luftkampfe und von der See aus 17 feindliche Flugzeuge und drei Geschütze abgeschossen. Von einem nach Freiburg fliegenden feindlichen Geschwader wurden an der Front drei Flugzeuge heruntergeschossen.

Rittmeister Gehrke u. Michelsen errang seinen 65. Luftsieg.

Osten:

Die im Einvernehmen mit der russischen Regierung vom Staate über Galizien und Westen auf Odessa angeferten deutschen Truppen haben nach Bandenkampf bei Nowowoloda Odessa erobert. Ihnen sind von Smolensk her österreichisch-ungarische Truppen gefolgt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

trauen der Arbeiterschaft gerechtfertigt hat, wurde von ihnen als „Mann der Generalkommissar“ mit allen möglichen Sünden belastet, die man den „Instanzen“ nur andichten kann.

Diese Fehlweise zwang die Partei, auch die Person des unabhängigen Kandidaten, des Herrn Dr. Rudolf Breitscheid, ins rechte Licht zu setzen. In zehn Jahren hat der Mann für vier verschiedene Parteien nicht bloß öffentlich gewirkt, sondern auch Kandidaturen übernommen. Während er als Unabhängiger auf die Hintertreppe politischer Mehrheit schaute, bat er dringlich einen Reichstagsabgeordneten der Partei, doch seinen Einfluß beim Kriegsministerium aufzuwendern, um ihn vom Militärdienst zu befreien. Auch durch den bürgerlichen Magistrat von Wilmersdorf suchte er eine Rettungsfürsprache zu lösen. Vor seiner Stellungnahme zur Landesverteidigung hat sein anderer als Karl Radek gewarnt, weil Breitscheid zu französischen- und engländerefreundlich sei. Gegen Dogmatismus und Prinzipienvereiterte hat Breitscheid in Norden und Süden jahrelang vadekte Worte gefunden. Die Güter des „Allerheiligsten Sozialistischen Gedankens“ hat niemand bitterer verpotzt als er. Und jetzt stellt er sich im Wahlkampf als Prinzipienwächter hin und wirkt mit großer Emphase der Sozialdemokratie vor, doch sie alle Grundsätze vertreten hätte!

Niederbarnim, Stadthagens Erbe, den Kreis der großen Arbeiterwohre im Osten und Norden Berlins, wollen die Unabhängigen um jeden Preis halten. Verlieren sie ihn, dann ist die Bewegung verurteilt, nach dem Kriege zu einer kleinen unschrankenlosen Clique werden. Was sie fürchten, hoffen wir; denn es bedeutet die Wiederherstellung der Parteieinheit.

Die baltische Frage.

Wie jetzt in der Presse mitgeteilt wird, hat der deutsche Verwaltungsrat von Kurland, v. Gohler, die Sitzung des kurländischen Landesrates, in der beschlossen wurde, dem Kaiser den kurländischen Herzogskur zu angreifen, geleitet und am Schlusse das Ergebnis mit großer Begeisterung begrüßt. Hat Herr v. Gohler im Auftrag der deutschen Regierung gehandelt oder treibt er auf eigene Faust Politik? Gestellt wirklich die deutsche Regierung hinter Herrn v. Gohler, so würde sie damit einen großen Vertrauensbruch gegenüber dem Reichstag begehen. Ist aber Herr v. Gohler selbständig vorgegangen, so ist es höchst Zeit, daß er schließlich von seinem Posten entfernt wird. Es wäre das ein unerträglicher Zustand, wenn irgendwann Beamter sein Amt dazu missbrauchen dürfte, ohne Zustimmung des Reichstages und der Regierung auf politische Entscheidungen hinzuarbeiten. Das kann jedoch nur gefallen mögen, aber für das deutsche Volk die größten Nachteile haben können. Zwarwollen haben sich erstaunlicherweise die Mehrheitsparteien des Reichstages und besonders der Abgeordnete Erzberger bei einer Befreiung mit dem Reichskanzler gegen das kurländische Herzogskurprojekt ausgesprochen. Es ist dort geltend gemacht worden, es sei keine Vertrüchtigung, daß Österreich stärker zu einer endgültigen Entscheidung und Zeitrückung zu führen.

Auch die Russische Zeitung hat starke Bedenken gegen die vom kurländischen Landesrat vorgeschlagene Regelung. Sie meint, wenn der Landesrat befugt sein sollte, einen Landesherrn zu wählen, so würde er sich auch als berechtigt ansehen zur Bestimmung der Verfassung, die längst in Kurland herrschen sollte. Das könnte zur Folge haben, daß in einem Land, in dessen Verhältnisse weder der deutsche Reichstag noch der preußische Landtag hinzutreten hätte, Zustände herrschen würden, die zu auswärtigen Verhinderungen den Grund liegen könnten und für die dann das deutsche Volk die Kosten tragen müßte. Wenn wirklich, so meint die Frankfurter Zeitung, die Regierung sich entschließe, Kurland an Deutschland anzuschließen, dann sei es am besten, das Land

zu einer preußischen Provinz zu machen. Wir sind der Ansicht, wenn sich wirklich die Mehrheit der Bevölkerung Kurlands für den Anschluß an Deutschland ausspräche, dann wäre die Errichtung eines selbständigen Bundesstaates mit demokratischen Staatsinstituten die beste Lösung. Dann würden den kurländischen Volksmännern die Vorlese zufallen, die mit einer Angliederung des Landes an das Deutsche Reich für sie verbunden sein könnten. Die deutsche Sozialgesetzgebung müßte eingeführt werden. Außerdem wäre die Sicherheit gegeben, daß die Partei, die die große Mehrheit der Bevölkerung bildet, in den gesetzgebenden Körpern des Landes die Mehrheit hätten, und es wäre ausgeschlossen, daß ihre Rechte zugunsten der kleinen deutschen Herrenfamilie irgendwie beschränkt würden. Die Frankfurter Zeitung beschäftigt sich auch mit dem von dem kurländischen Landesrat geäußerten Wunsche, daß das ganze Baltienland im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengeführt werde. Mit Recht meint sie darauf hin, daß die deutschen Lebensinteressen sich nicht einsatz mit den Forderungen der baltischen Deutschen decken, indem sie ausführen:

Der Friedensschluß hat genügt die Bevölkerung in Kurland herzurufen, die, wenn sie wünscht, dieses Kurland zum geborenen Verbanden aller Freunde Deutschlands machen möge. Wie unser Nachkommen eine solche Freiheit ausführen, wollen wir recht ernstlich mit uns zu Rate gehen, nicht aber unbefangen nach der Meinung der Körpern verhandeln, von denen man nicht sicher weiß, wen sie eigentlich vertreten. So viel man aus den letzten Neuerungen unserer Reichsleitung schließen kommt, war es noch möglich nicht ihre Absicht, Kurland und Ostland dem Reich anzugehören. Wir wünschen nicht, was irgendwelche ihrer Meinung verhindert haben könnte.

Natürlich ist die Kreuzzeitung Deuer und Flamme für die vom kurländischen Landesrat gewünschte Angliederung der baltischen Gebiete an Deutschland. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß wir nicht daran denken, uns in Estland und Kurland festzusetzen, ist allerdings nach ihrer Meinung noch ein Stein auf dem Wege der vom kurländischen Landesrat erhofften Entwicklung. Sie meint aber, Kurland würde dem Grundzusatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ins Gesicht schlagen, wenn es dem deutlich bekundeten Willen Estlands und Livlands, zu dem deutschen Reich in das gleiche Verhältnis wie Kurland zu treten, Schwierigkeiten bereiten wollte. Es ist wirklich zum ersten, wenn ausgeschaut ein Platz wie die Kreuzzeitung von den Russen eine Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes fordert, obgleich sie sonst mit dieser Selbstbestimmungsrecht nicht einig ist. Obig hat.

Derzeitig haben ja Livland und Estland in seinem Befreiungszustand an Deutschland gefunden, was schon aus dem Grunde bisher unmöglich war, weil seine Körper in diesem Gebiet vorhanden ist, die irgendwie ihr bestes gelten könnte, von Willen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Im übrigen steht die Tatsache fest, daß Livland und Estland nicht zu dem Gebiet gehören, das durch den deutsch-russischen Friedensvertrag Kurland einzogen ist. Verlangt die Kreuzzeitung, daß wir einfach den deutsch-russischen Friedensvertrag brechen oder will sie gar Estlands und Livlands wegen eines neuen Kriegs mit Kurland beginnen? Zuguttrauen ist den Leuten von der Kreuzzeitung mit ihren imbedachten Erörterungen alles.

Kurlands Revanchegedanken.

Deutsche Verhandlungen mit der russischen Revolutionärregierung?

Laut deutschem Generalbericht sind deutsche Truppen in Odessa eingedrungen. Mit diesem Zug nach Süden ist nun mehr auch Österreich durch eine deutsch-österreichische Frontlinie von Kurland getrennt. Odessa ist mit seinen mehr als 500.000 Einwohnern die Hauptstadt des sogenannten Kurlands am Schwarzen Meer und der Handelszentren Russlands übernommen. Es liegt an der gleichnamigen Bucht, die hier 45 Kilometer weit in die Festläufe einschneidet. Die Tiefe des Hafens reicht selbst 15 Meter, was die Westentreppe von mehr als 1200 Meter Länge sowie durch zwei Hafenbäume gefährdet.

Die russische Flotte des Admirals Alexejew bewachte Odessa als Basis. Die Verteidigungsanstalt der Stadt sind hauptsächlich zu ihrem Schutz nach der Seite hin angelegt worden und bestehen aus drei von der Küste sehr nahe liegenden Festen, mit deren Hafen vor dem Russisch-Türkischen Krieg im Jahre 1877 begonnen wurde.

Petersburger Telegramme des Giornale d'Italia berichten, die Anhänger Denitsch hätten erklärt, daß Kurland, sobald die inneren Verhältnisse reorganisiert seien, den Kampf gegen Deutschland wieder aufnehmen. Kurland würde überzeugende Anstrengungen machen, um ein neues Heer aufzustellen. Das italienische Blatt legt mit übrigens die ganze Italiendeutsche Presse noch immer große Hoffnungen auf den Friedensteht Kurlands in den Krieg.

Zur finnischen Frage kommen über Stockholm wichtige Meldungen. Danach soll die Bevölkerung Kurland gleich-

zeitig an den finnischen Senat, den König von Schweden und den Deutschen Kaiser ein Telegramm gelangt haben, wonin sie anbeimholt, auf dem kommenden Friedenskongress die Wände Ratsangs zu beachten, und sich zu einer neuen Volksabstimmung bereit erkläre, falls eine der genannten Regelungen es wünsche.

Wie unser Stockholm-Vorleseblatt Social-Demokraten meldet, lebten die schwedischen Sozialisten aus Finnland zurück, die dort versucht hatten, zwischen den Weißen und Russen Kärtchen zu verstreuen. Sie hätten nichts erreicht können, weil die Revolutionärer in Helsingfors im Vertrauen auf ihre bewaffnete Macht von einer Vermittlung nichts wissen wollten. Doch habe das finnische Volkskommissariat das deutsche Kommando auf Polen erschreckt, mit ihm in Verhandlung treten zu dürfen, was nach Social-Demokraten auch bewilligt worden sei.

Heute berichtet der aus Helsingfors zurückgekehrt schwedische Sozialdemokrat Lönnqvist im Social-Demokraten, daß er Gransamkeiten der roten Gardisten unverhüllt und verschämt feststellen könne. So seien, wie er selbst von Augenzeugen hörte, bei Helsingfors am 14. Februar vier Personen von einer umherziehenden Bande ohne Grund erschossen worden. Auch an anderen Orten sollen Worte von roten Gardisten verübt worden sein. Die Regierung in Helsingfors bestreitet diese Angaben nicht.

Das finnändische Sozialistenblatt Päivän Tidt veröffentlicht einen Artikel, der sich mit großer Schärfe gegen die führenden Männer der Partei wendet. Ihre schwindende Haltung in den außerpolitischen Fragen habe, so sagt das Blatt, den Sturz des sogenannten Töölö-Senats, die Auflösung des den Volksbeweisung hoffierenden Landtags und die Wahlniederlage im Herbst verschuldet. Der leise Generalstreik, der die Entwicklung der Arbeiterbewegung mehr gefährdet als gefördert habe, sei allem Ansehen nach durch das im Lande liegende russische Militär und durch die bewaffneten sogenannten "Roten Ordungsgarden" gemeinsam inszeniert worden. Diese bewaffneten Scharen verbreiten auch jetzt noch in verschiedenen Teilen des Landes Handlungen, die von den organisierten Arbeitern und sogar von dem sozialistischen Hauptorgan Thönius scharf verurteilt würden, zu deren Verhinderung ihnen aber die Macht zu jehlen scheine. Um so mehr sei dies Betreiben der sozialistischen Landtagsfraktion und ihrer Führer zu tadeln, die einer starken Ordnungsmacht und einer Wiederherstellung geordneter Zustände im Lande entgegenzuarbeiten suchten. Zum Schlusse befürwortet das Blatt die Errichtung eines Nationalheeres und warnt die sozialistische Landtagsfraktion vor einer "Nachlässigung der Soldaten".

Bor der Moskauer Abstimmung.

Hang, 13. März. Dem Neuen Kurant folge erhält die Morningpost aus Petersburg, daß Trebbi in Petersburg bleiben werde, wo er an die Spitze des Rates der Volkskommissare der Stadt Petersburg trete werde. Denim werde nach Moskau gehen, um dem Kongreß der Soldaten, Bauern und Arbeiter, vertreten abzuwohnen, der am 14. März die Friedensbedingungen prüfen wird. Jede Abteilung des Kongresses werde erst für sich und gemeinsam zusammenkommen. In der allgemeinen Sitzung am 17. März solle die Abstimmung über die Friedensbedingungen und die Ratifizierung des Friedensvertrages erfolgen.

Marine-Luftschiffe über England.

† Berlin, 13. März. (Amtlich) In der Nacht vom 12. zum 13. März hat eines unserer Marinelaufschwader mit gutem Erfolg bestückte Bläue und militärische Anlagen am Humber und in der Grafschaft York angegriffen. Die Schiffe stießen auf starke artilleristische Gegenwehr, die den Angriff jedoch nicht aufhalten konnte. Alle Schiffe sind ohne Beschädigungen zurückgekehrt. Die Führung hatte auch diesmal wieder Korvettenkapitän Strafer. Aus der Zahl der Kommandanten verdienen als oft bewährte Englandschiffer erwähnt zu werden: Korvettenkapitän der Reserve Brochs, Kapitänleutnant Freiherr Treusch v. Buttlar-Brandenfelde, Kapitänleutnant Ehrlich (Herbert), Hauptmann Manger und Kapitänleutnant v. Gruenewald.

Der Chef des Admiralsabsatzes der Marine.

Aus London wird amtlich gemeldet: Nach den letzten Meldungen überflogen drei feindliche Luftschiffe gestern abend zwischen 8½ Uhr und 10 Uhr die Küste von Yorkshire. Von diesen Luftschiffen wagte es nur eins, sich einem Verteidigungsborte, nämlich Hull, zu nähern, wo vier Bomben abgeworfen wurden. Ein Haus wurde zerstört, eine Frau starb vor Schreck. Die beiden anderen Luftschiffe überflogen einige Stunden abgelegenes Land in großer Höhe und kehrten dann nach der See zurück.

Der Luftangriff auf Neapel.

Bern, 13. März. laut Stefani-Meldung wurden bei dem Fliegerangriff auf Neapel 18 Personen getötet und 40 verwundet.

Drei Kommandanten von Neapel abgestoßen.

Lugano, 13. März. Nach einer amtlichen Meldung aus Rom wurden drei Kommandanten in Neapel telegraphisch abgestoßen, wegen ungenügender Verteidigung und unzureichenden Maßnahmen gegen den Luftangriff. Das Militärgericht wird eine Untersuchung einleiten.

48000 Tonnen versenkt.

Berlin, 13. März. (Amtlich) 1. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Bänker, hat im Sperrgebiet um die Azoren feindliche und für den Feind fahrende Frachträume von insgesamt 22000 Brutto-Tonnen vernichtet. Unter den schweren Schiffen befinden sich der englische bewaffnete Landcommer Aeolia von 2767 Brutto-Tonnen und die englische Schoner Fox, Man von 115 Brutto-Tonnen, und die beiden griechischen Dampfer Ioannina von 1199 Brutto-Tonnen und Charitos von 3330 Brutto-Tonnen, der italienische bewaffnete Dampfer Atlantide von 5137 Brutto-Tonnen und die italienische Bark Francesco von 1000 Brutto-Tonnen.

Die Lastungen der Schiffe wurden aus Wein, Zink, Gummi, Eisen, Eisen, Leinen, Leinwand, Erdöl, Öl und Fässern und Ägeln und waren nach französischen, italienischen und englischen Staaten bestimmt. Ansetzen den 7,6 jen. etwa 5 Millionen Mark Aktien mit freiem Bezugsschein aus-

Alexandrien und Port Said gesetzt. Die Dampfer waren bewaffnet. Ihre starke Sicherung ließ auf wertvolle Ladung vermuten. Ein an der französischen Küste torpedierter Dampfer, der Kurs auf Jaffa hatte, führte aus der anfallenden starken Detonation zu schwachen Munition.

Das Boot hat seiner auf einem als Sicherung fahrenden Kreuzer der Arabo-Klasse einen Torpedotreffer erzielt. Der Chef des Admiralsabsatzes der Marine.

Im besonderen wurde der Transportverkehr vor

Der Geldsegen des Krieges.

Von H. Schneider (Hannover).

Der Daimler-Schwindel sollte nun auch die Augen der breiten Volkschichten stärker auf die Hölle des Geldsegens lenken, den der Krieg über die Kapitalisten ausübt und der vielleicht so groß ist, daß er mit allen möglichen Finanzverschärfungen verschärft wird. Es sind das Dinge, über die die Massen der Bevölkerung gar nicht so recht im Bilde sind. Es ist nur allgemein bekannt, daß die Industrie, vor allem die eigentliche Kriegsindustrie, dabei verdient. Die sprunghaft steigenden Dividenden der Aktiengesellschaften zeigen schon, wie reich der Segen des Krieges strömt. Hier ein Beispiel dafür:

Die 21 Aktiengesellschaften der Sprengstoffindustrie zahlten im letzten Friedensjahr die gewöhnliche Durchschnittsdividende von 13,2 Prozent. Im ersten Kriegsjahr stieg sie hinauf auf 18,2, im zweiten auf 22,9, und für 1916 betrug sie schon 25,7 Prozent. Der Krieg hat also den Sprengstoffaktionären eine Verdopplung der Dividende gebracht. Noch viel erfreulicher — immer für die Aktionäre — wird das Bild, wenn nicht die Progenisse der Dividende, sondern die als Dividende ausgezahlten Summen verglichen werden. Da ergibt sich eine weit beträchtlichere Steigerung, weil von 1913 bis 1916 das in Sprengstoffaktien angelegte Kapital von 61 auf 120 Millionen Mark gestiegen ist. Die Dividenden-Summe betrug also für 1913 etwa 8, für 1916 aber rund 30 Millionen Mark. Daneben wurden außerordentlich hohe Gewinne für die Zukunft aufzubringen.

Diesen Segen unseres Wirtschaftslebens, die sich den Kriegsverhältnissen anpassen konnten, erzielen jetzt Gewinne, wie selten oder nie zuvor. Gewinne, so hoch, daß die Unterbringung einige Mühe macht. Zahlreiche Aktiengesellschaften wagen es nicht mehr, ihre Gewinne den Aktionären in Form von Dividenden restlos zuzuführen, weil dann der Dividendenfokus aufreizend hoch bemessen werden müßte. Statt aber durch entsprechende Bemessung der Preise oder auch der Löhne die Gewinne zu mindern, werden allerlei Mittel und Wege gefunden, die Gewinne in weniger auffälliger Weise in die Taschen der Aktionäre zu leiten, soweit es nicht für zweckmäßig erachtet wird, sie in allerlei Fonds für etwa kommende mögtere Jahre aufzutheben.

Das bequemste und allgemein übliche Mittel, aufreizend hohe Dividendenfokus herabzudrücken, ist die Vermehrung des dividendenberechtigten Kapitals, die sogenannte Kapitalverwässerung. Von diesem Mittel ist in den Kriegsjahren in so erheblichem Umfang Gebrauch gemacht worden, daß die Regierung wiederholt versucht hat, der Überkapitalisierung einzelner Betriebe Einhalt zu tun, um das überflüssige Kapital für ihre Kriegsanleihen zu retten. Welchen Erfolg sie dabei gehabt hat, mögen einzelne Zahlen darstellen: Im ersten Viertel des Jahres 1917 erhöhten 51 Aktiengesellschaften ihr Kapital um zusammen 118 Millionen Mark. Dann kam der Bremerflock des preußischen Handelsministers, nach dem „neue Aktienausgaben, die nicht den Zwecken der Kriegswirtschaft dienen, oder die vermeidbar scheinen, weil ausreichende flüssige Mittel vorhanden sind“, an die Börse, welche nicht zugelassen werden sollten. Tropfen erhöhten im letzten Viertel des Jahres 1917 insgesamt 83 Gesellschaften ihr Kapital um zusammen 359 Millionen Mark. Diese Zahl wiederholt tritt erst recht in das Licht, wenn sie ergänzt wird durch die Feststellung, daß im ganzen Friedensjahr 1913 den Aktiengesellschaften nur 418 Millionen Mark zugesetzt wurden, also nicht viel mehr als im letzten Viertel 1917.

Ohne Frage hat die Erweiterung der Kriegsindustrie manche Kapitalerhöhung notwendig gemacht. In sehr vielen Fällen liegt jedoch keine Kapitalverwässerung vor, in anderen vor die an sich notwendige Kapitalerhöhung eine gute Gelegenheit, den alten Aktionären Sonderrechte zu sichern oder Sondergewinne zuzuspielen. Die Absicht der Kapitalverwässerung kann überall so angenommen werden, wo bei der Ausgabe neuer Aktien auf die Einbeziehung eines der augenblicklichen Bewertung der Aktien entsprechenden Aufgeldes verzichtet wird; sie liegt ganz klar zutage, wo bei der Ausgabe Reserven oder Jahresgewinne in Aktien verwandelt werden. An einigen Beispielen mag die Erfindungsgrade der Gesellschaften auf dem Gebiet der Kapitalverwässerungen beleuchtet werden.

Der Verein für chemische Industrie Mainz bot im Vorjahr seinen alten Aktionären für 900 000 Mark neue Aktien zum Kurs von 100 Prozent, also erheblich unter dem Wert, zu dem sie damals gehandelt wurden. Die Aktionäre sollten aber nicht einmal diesen Nominalwert der Aktien bezahlen, sondern nur die Hälfte davon, die andere Hälfte wurde aus einem Spezialreservestofd genommen. Die Aktionäre erhielten also für 500 Mark eine Aktie, die sie jeden Tag für einen 1000 Mark wieder verkaufen konnten. Der Verein chemischer Fabriken A.G. Bielefeld bot für das Geschäftsjahr 1916 die Dividende von 5 auf 20 Prozent erhöhen und den Aktionären außerdem noch mit einer Million Mark Aktien völlig umsonst geben: selbstverständlich ausschließlich zu dem Zweck, ein weiteres allzu starkes Ansteigen der Dividende zu verhindern.

In den Sprengstoffindustrie waren in den Kriegsjahren Kapitalerhöhungen mit gleichzeitiger Gewinnzulässigung besonders häufig. Die Köln-Rottweiler Gußwerke und die Rhein.-Westf. Sprengstofffabrik erhöhten gemeinsam ihr Kapital um 23 Millionen Mark. Die Aktien wurden den alten Aktionären zum Kurs von 100 angeboten, obwohl sie mit etwa 500 Prozent im Handel bewertet wurden. Obendrein wurden die erst Ende 1916 ausgegebenen Aktien schon für das ganze Jahr 1916 voll dividendenberechtigt. Bei solchen Verhältnissen liegt die Absicht der Kapitalverwässerung auf der Hand, selbst wenn ein Geldbedarf der Gesellschaft tatsächlich besteht.

Denn die Gesellschaften hätten ja nur

zugeben brauchen, um denselben Betrag zu erhalten, den sie bereits bekommen haben. Aber sie wollten nicht nur mehr Kapital, sondern vor allem mehr Aktienkapital haben, um den Dividendenfokus herabzudrücken.

Eine ähnliche, aber viel verwickeltere Finanzierungsmaßnahme ist bei den großen Dynamitwerken erfolgt. Von verblüffender Einfachheit und Klarsicht war eine Kapitalverwässerung der vor dem Kriege fast bankrotten Hamburger Sprengstoffwerke "Glücksburg". Sie verdoppelte 1915 das Aktienkapital aus dem Reingewinn. Auf das so verdoppelte Kapital erhielten die glücklichen Aktionäre dann noch 30 Prozent Dividende. Die tatsächliche Vergütung des Aktienkapitals betrug 160 Prozent. Im Kriegsjahr 1916 war der Gewinn sogar etwa dreimal so hoch wie selbst das gesteckte Aktienkapital! Es war sehr schwer, ihn unterzubringen, aber es gelang. Nach übertriebenen Abbuchungen und Rückstellungen erhielten die Aktionäre 40 Prozent Dividende, der große Rest wurde vorgetragen.

Wie schon erwähnt, hat die Regierung in einigen Fällen versucht, unnötige Kapitalerhöhungen zu verhindern. So bei den Vereinigten Glasstoffwerken in Elberfeld. Diese Gesellschaft verdoppelte im Vorjahr ihr Aktienkapital und bot die neuen Aktien, die im Handel mit etwa 500 Prozent bewertet wurden, den alten Aktionären zu Par, d. h. zu 100 Prozent an. Gleich der Neuauflage war vornehmlich die „unangenehme“ hohe Dividende herabzudrücken. Ebenso legt es bei den bekannten Alberwerken. Bei der Telefonfabrik dort, Berliner griff der Handelsminister sogar ein, obwohl jene die neuen Aktien den alten Aktionären zu 100 Prozent anbot, also ein immerhin schon nennenswertes Aufgeld verlangte. Der Handelswert der Aktien war allerdings höher. Einer ganz offenen Kapitalverwässerung sollte der Eingriff vorbeugen bei der "Kronprinz" A.G. für Metallindustrie. Diese Gesellschaft gab im Vorjahr 5,8 Millionen Mark neue Aktien zum angeblichen Kurs von 100 Prozent an die alten Aktionäre aus. Der Kaufpreis sollte jedoch nicht aus den Taschen der Aktionäre kommen, sondern zu 40 Prozent aus dem Gewinne des abgeschlossenen Geschäftsjahrs, der Rest aus den Gewinnen der nächsten Jahre gebettet werden. Diese Maßnahme sollte es ermöglichen, die Dividende auf 15 Prozent zu halten, wohl weil ein allzu hoher Satz zu einer Nachprüfung der Preise für Heereslieferungen hätte führen können.

Die Eingriffe der Regierung gegen den allzu zügellosen Mißbrauch der Kapitalerhöhungen lösten sehr bald entsprechende Gegenmaßnahmen aus. Auf einen sehr einfachen Weg verfiel die Bad. Gesellschaft für Gußwarenfabrikation in Waghäusel. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft bestand bisher aus 5500 Aktien zu je 500 Gulden. Der überreiche Gewinn der Kriegsjahre veranlaßte nun die Gesellschaft zu einer im doppelten Sinne zeitgemäßen Finanzreform. Die 500 Guldenaktien wurden in 1000 Markaktien umgewandelt und dadurch das Aktienkapital von 4,71 auf 5,00 Millionen Mark erhöht. Die Differenz von rund 300 000 Mark wird jedoch nicht von den Aktionären eingebunden, sondern aus dem Gewinn bezahlt. Obendrein wird die Beteiligung noch mit 20 Prozent verzinst, also auf etwa eine Million Mark aufgerundet.

Einen ganz neuartigen Weg zur Ausschüttung übertrieblicher Gewinne hat die A.G. für Spiritus- und Petroleumfabrikation vorm. Sinner in Grünwinkel gefunden. Diese Gesellschaft kaufte 875 ihrer eigenen Stammmakten zum Kurs von etwa 300 Prozent auf und gab den Aktionären zu 100 Prozent zurück. Das heißt, sie gab 875 Aktien etwa 2,6 Millionen Mark aus und nahm dafür 875 000 Mark wieder. Noch einfacher ausgeführt: die Aktionäre stellten der Verwaltung Aktien für 3000 Mark zu 100 Prozent aus den Taschen der Aktionäre kommen, sondern zu 40 Prozent aus dem Gewinne des abgeschlossenen Geschäftsjahrs, der Rest aus den Gewinnen der nächsten Jahre gebettet werden. Diese Maßnahme sollte es ermöglichen, die Dividende auf 15 Prozent zu halten, wohl weil ein allzu hoher Satz zu einer Nachprüfung der Preise für Heereslieferungen hätte führen können.

Einen ganz neuartigen Weg zur Ausschüttung übertrieblicher Gewinne hat die A.G. für Spiritus- und Petroleumfabrikation vorm. Sinner in Grünwinkel gefunden. Diese Gesellschaft kaufte 875 ihrer eigenen Stammmakten zum Kurs von etwa 300 Prozent auf und gab den Aktionären zu 100 Prozent zurück. Das heißt, sie gab 875 Aktien etwa 2,6 Millionen Mark aus und nahm dafür 875 000 Mark wieder. Noch einfacher ausgeführt: die Aktionäre stellten der Verwaltung Aktien für 3000 Mark zu 100 Prozent aus den Taschen der Aktionäre kommen, sondern zu 40 Prozent aus dem Gewinne des abgeschlossenen Geschäftsjahrs, der Rest aus den Gewinnen der nächsten Jahre gebettet werden. Diese Maßnahme sollte es ermöglichen, die Dividende auf 15 Prozent zu halten, wohl weil ein allzu hoher Satz zu einer Nachprüfung der Preise für Heereslieferungen hätte führen können.

Sollte das Beispiel der Sinner-Gesellschaft Nachahmung finden, so sind die Sorgen um die unaufhörlige Unterbringung der Kriegsgewinne behoben. Die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen; sie können auch andere Papiere, z. B. Kriegsboni, erwerben und ihren Aktionären zu einem beliebig niedrigen Kurs abgeben. Vielleicht sieht sich auch die eine oder andere Gesellschaft mit ihrer Wiedererwerb nicht an den Besitz alter Aktien, sondern nur an den Besitz der Dividendenfokus eine verknüpft. Jedemfalls erhalten die Aktionäre auf diesem Wege noch ungewöhnliche Dinge etwa 1,75 Millionen Mark als Extragewinn neben einer sehr reichlichen Dividende.

Sollte das Beispiel der Sinner-Gesellschaft Nachahmung finden, so sind die Sorgen um die unaufhörlige Unterbringung der Kriegsgewinne behoben.

Die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

die Gesellschaften brauchen ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu bedrängen;

Wegen bestehender pflichtmäßige militärische Vorbereitung der Landsturm-pflichtigen Jugend sowie durch Vermittlung der verbündeten Regierungen im Wege landesrechtlicher Regelung ist die Rechte der körperlichen Erziehung für die Schule klassen im Alter von 14 bis 17 Jahren im Anschluß an die physisch zu gehaltende Fortbildungsschule zu ordnen, und hi die Fortbauer der von den Städten. Generalkommandos und verbündeten Staatsbehörden im Interesse der Wehrkraft und des Jugendzuges erlassenen Haftvergaberegelungen über den Kriegsstand nach deren einsichtlicher Zusammenfassung und sinnemäßiger Umsetzung zu führen.

Der Petitionsausschuß des Reichstags verhandelte über die bereits im Oktober 1916 eingereichte Einigung am 13. März.

Der Referent zur Petition, der Konteradmiral Voß, stellt auf den Punkt der Petition, deren Förderung er für harmlos, schädlich und nötig bezeichnete. Er beantragte: „Die Petition den Ausdruck als Material zu überweisen.“

Der Korrespondent König (Sop.) beantragt: „Die Petition nach Leibergang zur Tagesordnung als erledigt erscheinen zu wollen“ und führte dazu u. a. bestimmt aus: Die gegenwärtige Jugend nicht mehr und weniger als militärische Erziehung der Jugend handelt, stehen Fragen der Weltanschauung aufeinander. Die Sozialdemokratie muss grundsätzlich gewiss sein, daß sie die geistige Erziehung der Jugend durch Militärverfahren vereinfachen zu lassen, das sei Aufgabe der Pädagogen. Die Geist ist neu groß, das die Jugend in dauerhaftem Geiste tragen will. Die militärische Sozialisten-Auslösung kann schließlich nach dem Kriege wieder ihre Anerkennung fördern. Will man die Jugend aber nur körperlich erziehen, so muß das geschehen in Volksschulen und Fortbildungsschulen. Die Petition verlangt keinen Verlängerung der militärischen Dienstzeit, wogegen wir uns mit Entschiedenheit wenden müssen.“

Verlebensteiner (Sp.) befürwortet sich als Schulmann als zentraler Gegner jeder militärischen Erziehung der Jugend. Auch militärische Kreise sprachen offen ihre Bedenken aus.

Der militärische Regierungsbetreter führt aus: Der jetzige Krieg habe bewiesen, daß eine bessere Fortbildung der Soldaten nötig sei. Das müsse in der Jugend geschehen, insbesondere durch turnerische Aus- und Fortbildung. Die Wehrmachtsführung der Jugend muss dann später dem Heere überlassen werden.

Eine Verlängerung der Dienstzeit ist zweckmäßig, um das Ziel der Ausbildung zu erreichen. Durch die Jugendausbildung unter militärischer Gewalt soll der Sinn der Jugend gesteckt, die Person als Mensch und Staatsbürger gehoben werden.

Noch längerer Debatte wurde schließlich die Petition mit 10 gegen 9 Stimmen als Material dem Reichskanzler überwiesen.

Deutsches Reich.

Die Mittelstandsbüro im Reichstag.

Der Reichstag beschäftigte sich am Mittwoch mit einer Mittelstandserpellation des Bentzums. Mit leichtem majoritärer Befürchtung forderte der Abg. Dr. Loh, daß für den durch den Krieg und das Großkapital arg bedrängten Mittelstand etwas geschehen müsse. Die Gründe alles Übelns seien ihm einerseits der sozialpolitisch verdeckte Apparat der Kriegswirtschaft, andererseits die großkapitalistischen Prinzipien eines Rathenau zu sein, von deren Beibehaltung er den vollständigen Ruin des Mittelstandes verpricht. Er warnt, daß sofort nach Kriegsschluß die alten Zustände wiederhergestellt werden. Ihm antwortete der Staatssekretär zuerst von Stein. Er beobachtete die Kriegsmachnahmen, vor allem die Stilllegung von Betrieben, die aber nicht zu zeigen waren, und gibt für die Zukunft Zusicherungen, die eindeutig wirken sollen.

Genoß Brühne legte klar die Ursachen dar, die jetzt in Werte sind, das Kleingewerbe auszurotten; im Besitzalter eines Betriebes kann das Kleingewerbe den Konkurrenz nicht eben nicht durchführen. Er wies darauf hin, daß das Großkapital rücksichtlos den Mittelstand proletarisiert, und des Arbeiters auf die kapitalistische Verrottung ein, deren Gipfel mit dem Fall Daimler erreicht ist. Das Großkapital ist gewillt, sich rücksichtlos durchzusetzen, und scheint vor den Mitteln der Erpressung und des Hochverrats gut zu stande. Der Abg. Doermann von der Volkspartei hat die Frage wieder auf das Nebengesetz der sogenannten sozialistischen Wirtschaftsreform. Es scheint dieser Partei jedes Mittel recht zu sein, um die Zwangsirtschaft zu stützen und einem sogenannten „freien Handel“ Tür und Tor zu öffnen, der nur noch dazu fehlt, den heutigen Kunden die Krone aufzuziehen.

Morgen wird dieser Faden wahrscheinlich weiter gesponnen werden.

Erklärungen des Kammerherrn von Behr-Pinnov.

Kammerherr von Behr-Pinnov stellt durch seinen Auftritt in der Telegraphen-Union eine Erklärung zur Verfügung, wonach die an die Kriegerstaaten zu zahlenden Summen vom Kriegsministerium vorgeschrieben waren und so vorschriftsgemäß worden sind. Weber (Kam. von Behr-Pinnov) legt seine Erklärung vor. Die Kriegsminister Rose haben für besondere Bedingungen etwas erhalten.

Das Kriegsministerium hat nicht 500 000 M. abgeführt, sondern selbst geraten, den Vergleich zu suchen. Der Vertrag mit etwa 4½ Millionen Mark, der sich durch Steuern in ca. 90 Prozent vermindert hat, ist mir infso der ungewöhnliche Menge der Lieferung mit angemessenen Preisen entsprochen. In einer dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Reichstages überwundene Zuschrift erklärt Kammerherr von Behr-Pinnov, die ihm in der Deffensivtheit zur Last gegeben, stroharen und unlauteren Handlungen nicht begangen haben. Von der Aufsichtsbehörde sei ihm lediglich ein Einschlag gegen die Preisbestimmungsverordnung zur Last gebracht worden. Die Aufsichtsbehörde sei von der Behörde genauso wie die Preise von den amtlichen Prüfungsstellen im Kriegsministerium vorgeschrieben worden. Herr von Behr-Pinnov habe auf seinen Anteil in 2% Jahren Prozent gleich 1375 M. und nicht mehr erhalten. Den Rest des Anteiles habe er lange vor Beginn der Strafuntersuchung zu zweien der Säuglingsfürsorge gestiftet. Dieser Betrag beträgt 55 331 M.

Merkwürdig bleibt die Sache immer noch. Wenn die Aussichtsweise des Herrn von Behr-Pinnov so harmlos ist, was kommt bleibt es da 50 000 M. zum Vergleich? Noch schwieriger wäre es, wenn wirklich viele Herr von Behr-Pinnov behauptet, das Kriegsministerium einen Vergleich einzutragen hätte. Unsere Strafverteidiger kennen, abgesehen von Unterscheidungsaspekten, keinen Vergleich. Hat also wirklich das Kriegsministerium sich damit einverstanden erklärt, Herr von Behr-Pinnov für eine strafbare Handlung mit

durch freiwillige Zahlung einer Goldsumme Buße zu tun, so hätte es sich einer argen Preisabschöpfung schuldig gemacht. Eine teilweise Ausflösung der Angelegenheit ist wahrscheinlich deinen.

Eine Abfrage an den Altdutschen Verband.

Die nationalliberalen Parlamentarier Blankenburg, Reinath, Siltz-Gütingen, Dr. Schulenburg, Dr. Eichmann und Dr. Stellmann haben dem Altdutschen Verband nachfolgende Erklärung zugeleistet: Angesichts der innerpolitischen Haltung und der unerhörten Kampfweise gegen die Nationalsozialistische Partei, deren sich die von dem Altdutschen Verband begründete Deutsche Zeitung befürchtet, ist es unmöglich, dem Altdutschen Verband fernher zu angehören. Wir erachten daher, uns aus der Mitgliedschaft des Altdutschen Verbands zu streichen. Wir führen die ausdrückliche Erklärung hinzu, daß mit diesem Entschluß keinerlei Rückerlang in unserer Arbeit für eine starke Sicherung der deutschen Zukunft verbunden ist.

Sozialdemokratische Fraktion und Kriegstretrie.

Aus der Bewegung des Vorwärts, daß Abgeordneter Rose von der Fraktion als Redner zu den Kriegsreden befreit sei, haben gegenwärtige Wähler weitgehende politische Schlüssefolgerungen gezogen. Dafür ist Rose als Redner zu den Kriegsreden (Hall-Daimler usw.) bestimmt worden. Zu den Kriegsreden hat die Fraktion noch keine Stellung genommen.

Der Altdestanischiß des Preußischen Abgeordnetenhauses

beinhaltet Sonnabend den 16. dieses Monats für Kommissionssitzungen freizuhalten. Die Öffnungszeit für das Plenum soll am 22. März beginnen und bis zum 28. April währen. Der Verfassungsausschuss wird seine Sitzungen noch früher beginnen. Es wird angenommen, daß am 9. und 10. April sich die Fraktionen mit den Wahlrechtssachen beschäftigen werden. Die zweite und dritte Sitzung der Wahlrechtsschlösser wird vorwiegend vor Plenarien erfolgen, so daß die Plenarsitzung in die verhältnismäßig vorgezogene Zeit von drei Wochen, die zwischen der dritten Sitzung und der endgültigen Abstimmung notwendig ist, fallen würde.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Nachspiele zum Fall Daimler.

Wien, 13. März. (Telefon). Das Kriegsministerium in Wien hat zahlreiche Fabriken und Geschäftshäuser aufgesucht, eine Abrechnung über die Lieferungen für den Militärfonds eingereicht. Die Preise sollen überprüft werden, ob keine Übergewinne erzielt wurden. Die Daimler-Fabrik hat verurteilt, daß auch in Österreich-Ungarn preistreibende Manipulationen von Kriegslieferanten kontrolliert werden sollen.

Frankreich.

Bolos Verurteilung abgelehnt.

Amsterdam, 13. März. Wie das Reuterliche Bureau aus Paris erfährt, sind die Berufungen Bolos und Porchers abgelehnt worden.

Genua, 12. März. Die Hinrichtung Bolos dürfte nunmehr in ihrer Gestalt statthaften, da kein Gesuch um Aufhebung des Todesurteils abgewiesen worden ist. Der Tag der Vollstreckung soll morgen in Paris bekanntgegeben werden.

Parteianangelegenheiten.

Gemeindewahlberichte der Unabhängigen.

In Nowawes bei Breslau fanden am Sonntag die Gemeindewahlen statt, auf deren Ausgang die Unabhängigen große Hoffnung feierten, jedoch schmerzlich enttäuscht wurden. Nowawes ist ein Dorf von 3000 Einwohnern, dessen Einwohnerzahl um 1914 auf 10000 gestiegen ist. Der Abg. Dr. Dörrmann von der Volkspartei hat die Ergebnisse der Gemeindewahlen für die Unabhängigen als sehr günstig bezeichnet, während die anderen Parteien die Ergebnisse als ungünstig beurteilt haben. Die Unabhängigen haben die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei mit großer Mehrheit gewählt. Auf die Kandidaten der Unabhängigen entfielen 26, auf die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei 144 Stimmen.

Niederösterreichische Frauenkonferenz.

Auf der 7. niederösterreichischen Frauenkonferenz, die in Wien stattfand, konnte Genossin Poppe über beträchtliche Erfolge der Propaganda und Organisationsarbeit der österreichischen Sozialdemokratie berichten. Von fast allen Parteiverbindungen wurde ein starker Mitgliedszuwachs gemeldet, an manchen Orten sind die Frauen zahlreicher organisiert wie die Männer.

Zur breiten und geworbenen Frage des Frauenwahlrechts konnte der Abgeordnete Hildebrand im Namen der Parteiaffiliation konstatieren, daß schon in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf im Parlam. eingebracht werden wird, der das volle politische Recht für die Frauen fordert. Auch die volle Gleichberechtigung der Frau in der Gemeinde wurde mit Nachdruck dringlich verlangt.

Genau bringt die Genossin Freudenthal eine Resolution zur Friedensfrage ein, die von der proletarischen Massenfront die Herstellung des Friedens zu erhoffen erlaubt, die Verstärkung über den Verlauf des Wiener Streiks ausprägt und in diesem Sinne auch den Streik in Deutschland begleitet.

Aus aller Welt.

Der Karlsruher Würde verhaftet.

Bei einem Hölzerneintritt in Oberschöneweide wurde der Verbrecher ergreift, der kürzlich in Karlsruhe den Lehrer Thiem und dessen Schwiegersohn Dipl.-Ingenieur Glemke erschoss. Es ist ein 27 Jahre alter, aus Berlin gebürtiger Kutscher Bruno Hoffmann, ein Soldat, der aus dem Festungsgespann in Spanien entflohen war.

Der in Oberschöneweide überwachte nannte sich Müller und leugnete hartnäckig, mit dem Verbrechen in Karlsruhe irgendwohns zu tun zu haben. Er wurde nach Berlin geholt und der Militärbediße übergeben. Auch hier blieb er dabei, daß er Müller heißt.

Herr Hoffmann bezog sich die Kriminalpolizei mit ihm und stellte ihn als den flüchtigen Soldaten Bruno Hoffmann fest, der noch zwei Jahre

Festungsgespann zu verbüßen hat, am 2. Februar d. J. jedoch aus Spanien entflohen ist. Diese Entlarvung und der Hinweis auf

Verbrechen an den Händen, die zum Teufel noch verkannt sind, veranlaßten den Verbrecher endlich zu einem unholzenden Geständnis.

Hoffmann lebte sich seit seiner Flucht aus Spanien um und lebte von Brot und kalorienreichen Nahrungsmitteln.

Verhaftigung, ging er, wie er behauptet, am 23. Februar wieder umher,

abermales erfolglos. So kam er auch nach Karlsruhe. Hier sah er noch seine Haupthandlung die Türe zu dem Thiem'schen Grundstück aufzuhängen. Er dachte, hier sei eine plausiblere Gelegenheit, sich Lebensmittel zu holen. Jede Kordohälfte kostete er. Er behauptet auch, daß er ganz allein gewesen sei. Nach den vorausgesetzten Schüssen, deren Wirkung Hoffmann nicht gekannt haben will, ergab er die Blöße. Seine Überkleider des Raumes verteilte er sich an beiden Händen an dem Stoffelbrett. Die Pistole, mit der er die beiden Männer niedergeschossen hatte, verlor er auf der Flucht.

Graf Ludwig nach Chile geflüchtet.

Saar, 14. März. Holländisch-Brasilien Bureau meldet aus London: Graf Ludwig ist nach einer Reise der Grönauer Telegraphen nach Chile geflüchtet. Der Militäroffizier ist ebenfalls verschwunden. Die Polizei ist seit mehreren Tagen ohne Spur von den beiden herren. Gleichzeitig haben die beiden Gefährten sich begeben.

Der amtliche österreichische Kriegsbericht.

Wien, 13. März. Amlich wird bekannt:

In Venetien griffen zwei österreichisch-ungarische Kampfflugzeuge nördlich von Venedig an. Der erste traf die italienischen Truppen, und 300 Meter Höhe mit Bomben beworfen und unter heftigem Maschinengewehrfeuer gesunken. Eine italienische Flugzeugstaffel stürzte ein. Unserer Flieger schaffte es, die italienische Flugzeugstaffel zu besiegen.

An der Isonzo front besiegt Oberleutnant Linke den 20. Gegner im Luftkampf.

Der Chef des Generalstabes.

Letzte Telegramme.

Gegen die Wiederbegleitung im Luftkrieg.

Hang, 13. März. Wie der kleine Court aus London erfuhr, wenden sich Daily News gegen die Wiederbegleitung durch Luftangriffe. Sie auf deutsche Städte ausgeschickten Angreife bewirkt, daß die Wiederbegleitung auf London zahlreicher würden, anstatt ihnen ein Ende gemacht werde. Das Wort lautet: Das einzige Kennzeichen aller dieser Angreife ist, daß nichts dabei herauskommt, was von militärischer Bedeutung sein könnte.

Minister Werner über Finanzzeugen.

München, 13. März. Der Finanzminister der Abgeordnetenkammer berichtet heute das Kapitel Österreichische Staatschuld, die insgesamt rund 2574 Millionen Mark beträgt. Verschiedene Abgeordnete wandten sich dagegen, daß ein Teil der Staatschulden auf die Bundesländer abgewälzt werde, und traten dafür ein, daß möglichst nach der Erzielung einer Kriegsentschädigung getilgt werden müsse. Der Finanzminister b. Breunig erwiderte, daß wegen einer Kriegsentschädigung der Krieg nicht einen Tag verlängert werde. So wie die Kriegstage heute sei, würden Reichsregierung und Hoheitsregierung die Pleite des deutschen Volkes zu wahren wissen. Die Beurteilung eines Teiles der Staatschuld an die Bundesländer sei nicht durchführbar. Die Reichsregierung arbeite bereits an einem Tilgungsplan. Von einer Entzettelung der Reichslandes oder einer Vermögenskontrolle sei durchaus nichts zu sprechen. Die Verhältnisse des Deutschen Reiches seien dazu viel zu gesund.

Letzte lokale Nachrichten.

Beteiligung von getrockneten Kohlrüben bei vorzeitiger Kartoffelernte.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt: Dejenigen Personen, die ihre Kartoffeldrohre vorzeitig aufgebracht haben, wird Gelegenheit gegeben, getrocknete Kohlrüben zu bezahlen.

Für je eine Person können bis zu 15 Pfund getrocknete Kohlrüben entnommen werden.

Verteilung von Sauerkraut.

Auf Ausweis 128 der Lebensmittelkarte (17. Februar bis 18. März 1918) wird 34 Pfund Sauerkraut verteilt.

Verteilung von Schweinefett und Margarine.

Um 12. und 20. März 1918 wird auf die Landesfeinkarte der Stadt Dresden „140 Gramm Schweinefett und 30 Gramm Margarine verteilt. In der Woche vor Ostern gibt es Butter.

Verteilung von Seife.

Der Übernachtungsaufschuß der Seifenindustrie wird mit Genehmigung des Reichslandes einmalig eine tägliche Menge von 100 Gramm R.-A.-Seife für die Person zur Verteilung bringen. Die Verbraucher sollen durch diese Aufgabenmenge für den Ausfall der auf 125 Gramm herabgesetzten Seifenvordermenge entschädigt werden. Die amtliche Verteilung, die die Übergabe der erlaubten Seifenmenge an das Publikum gestatten wird, ist Anfang April zu erwarten.

Eine Wäscheleibin.

Die Wäsche von der Dame Wahl, wurde am 11. März von der Kriminalpolizei in der 30jährigen Martha Eichle ermittelt und festgenommen. Ihre Tätigkeit entdeckte die Hauptkundschafter in der Johannvorstadt. Zu einer Anzahl Freunden, gez. M. S., H. R., A. St. und A. S., Zögern, Strampeln, Herrenloken, einer blauen Mäusekissen und anderen Wäscheleibin lösten die Eigentümer nach nicht festgestellt werden. Diese wollen sich ungenau bei der Kriminalpolizei melden. Das Bild der Diebin hängt in der Vorhalle des Polizeihauptgebäudes aus.

Gedergistung.

Heute vormittag wurde in einem Hause der Johann-Georgs-Allee ein 62 Jahre alter Rentner mit Gas gedergistet aufgefunden. Der Rentner gelang es, unter Aufnahme des Sauerstoffapparates den Lebensmüden nach 30 Minuten ins Bewußtsein zurückzuführen.

Ganglions.

Käseverteilung.

Auf die der Lebensmittelkarte für die Zeit vom 17. März bis mit 18 April 1918 angeflossene
Bundesperialte des Kommunalverbands Dresden-Stadt „April 1918 Nr. 4“ wird
ein achtel Pfund Käse

hergestellt und in folgender Weise verteilt:

§ 1. Die Spezialkarte „April 1918 Nr. 4“ ist bis zum 18. März 1918 in einem einschlägigen Geschäft zur Verteilung anzumelden. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 2. Die Geschäftsinhaber haben die Namen der Besitzer und die Zahl der von jedem abgegebenen Spezialkarten am 21. März 1918 aufzurichten und in Päckchen zu 100 Stück verpackt an eine der folgenden Meldestellen einzurichten, die den Bezug des Käses vermittelten. Die Spezialkarten sind mittels Durchstreichen oder Abstempeln zu entwerten. Die Päckchen sind mit Namen oder Firmenstempel des Geschäftsinhabers zu versehen.

§ 3. Meldestellen sind:

1. Anders, Otto, Bettinerstraße 38
2. Blaß, Georg, Gruner Straße 81
3. Blentner, Albert, Könneritzstraße 21
4. Blidschmann, Gustav, Schleierstraße 8
5. Globus & Sohn, Bettinerplatz 10
6. Verkaufsverband Norddeutscher Wollwaren, Querstraße 17
7. Telling, Louis Bruno, Schreiberstraße 11.

§ 4. Die Meldestellen haben die Spezialkarten an die Butters- und Fetteverteilungsgesellschaft m. b. H., Dresden, Seestraße 4, bis zum 23. März 1918 abzugeben.

§ 5. Die Geschäftsinhaber haben die von ihnen bestimmten Mengen bei den Meldestellen nach vorheriger Anfrage umgehend selbst abholen und das notwendige Verpackungsmaterial mitzubringen.

§ 6. Der Verkauf erfolgt am 28. und 30. März 1918.

§ 7. Die Geschäftsinhaber und Meldestellen haben insbesondere darauf zu achten, daß sie nur diejenigen Spezialkarten „April 1918 Nr. 4“ beliefern, die die Aufschrift „Kommunalverband Dresden-Stadt“ tragen. Alle anderen Spezialkarten sind zurückzuweisen.

§ 8. Der Preis beträgt bei Abgabe an die Verbraucher für ein Pfund 2.24 M. für ein achtel Pfund 28 Pf.

§ 9. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Bundesratsverordnung vom 26. September 1915 mit Geld bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. [S 57]

Dresden, am 18. März 1918.

Der Rat zu Dresden.

Beteiligung von Bienenhonig (mit Zucker gestreut).

§ 1. Auf Ausweis „157“ der Lebensmittelkarte (17. Februar bis 18. März 1918) wird

½ Pfund Bienenhonig (mit Zucker gestreut)

verteilt.

§ 2. Kranthändler und Kästen können beim Reichsbauamt für die von ihnen zu versorgenden Kranken aus dem Staatslande die Ausstellung eines Bezugsscheins beantragen. Hierbei ist ½ Pfund Bienenhonig für jedes belegte Bett zugrunde zu legen.

§ 3. Die Ausstellung der Ausweise und Bezugsscheine in einem Kleinhandelsgeschäft hat am 14. oder 15. März 1918 zu erfolgen.

§ 4. Die Geschäftsinhaber haben die Ausweise und Bezugsscheine ausgerednet, die Ausweise in Päckchen zu 100 Stück verpackt, die Päckchen mit Firmenaufdruck oder -aufdruck verkleben, der zuständigen Meldestelle am 16. oder 18. März 1918 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 5. Wer gesetzliche Ausweise oder solche mit anderer Bezeichnung einreicht oder unrichtige Ausweise über die Zahl der eingereichten Ausweise macht, hat strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

§ 6. Die Meldestellen sind eingerichtet:

- a) für Großbetriebe des Kleinhandels (Konsumvereine, Tintenfassvereine),
- b) für Geschäfte, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H. in Dresden sind,
- c) für Geschäfte, die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produkthändler in Dresden sind.

die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,

- d) für Geschäfte, die weder unter a noch unter b und c fallen, die Firmen

Holm Junge, Jägerhainstraße 2 | Adolf Schreiber, Jägerstraße 10
Michael Thiele, Jägerhainstraße 1 | Hugo Schönberg, Weißeritzstraße 50
Schmiede & Engler, Röthner Str. 1 | August Hertel, Ostro-Allee 28
Verkaufsverband Norddeutscher Wollwaren, Quer-Allee 17.

§ 7. Bei der Abholung des Bienenhonigs haben die Kranthändler die nötigen Gescheine mitzubringen. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 21. März 1918 erfolgen, währendfalls sich der Kranthändler strafbar macht.

§ 8. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 2.10 M. für ein halbes Pfund Bienenhonig.

§ 9. Die Abrechnung mit den Meldestellen liegt der Warenverteilungsgesellschaft, hier, Bauhauer Straße 15, S. ob.

§ 10. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. September 1915 bestraft. [S 57]

Dresden, den 18. März 1918.

Der Rat zu Dresden.

Kürzung der Vollmilchkarten.

§ 1. Am Anfang auf den Rückgang der Milcherzeugung und Milchversorgung dürfen vom 17. März 1918 an

- a) die aus einer Bieter lautenden Vollmilchkarten IV, die für Kinder im 1. und 2. Lebensjahr und für stillende Mütter ausgeschenkt werden, nur noch mit $\frac{1}{4}$ Liter und
- b) die auf dreiviertel Liter lautenden Vollmilchkarten III, die für Kinder im 3. und 4. Lebensjahr und für schwangere Frauen ausgegeben werden, nur noch mit $\frac{1}{4}$ Liter beliefert werden.

§ 2. Bei Vollmilchkarten I, II und V, die für Kinder vom 5. bis 8. Lebensjahr und für über 70 Jahre alte Personen ausgeschenkt werden, tritt bis auf weiteres eine Kürzung nicht ein.

§ 3. Die Vollmilchkarten mit dem Zusatz „für Kranken“ sowie die jetzt auf $\frac{1}{4}$ Liter herabgelegten Vollmilchkarten IV für Säuglinge und stillende Mütter müssen von jedem Kranthändler zur Belieferung autorisiert werden und sind mit der festgelegten Menge bevorzugt und voll zu beliefern.

§ 4. Zuwiderhandlungen werden nach § 21 der Gesetzesbekanntmachung über den Verkehr mit Vollmilch vom 18. Oktober 1917 bestraft. [S 57]

Dresden, am 18. März 1918.

Der Rat zu Dresden.

Briesnitz.

Vom 1. April 1918 an wird die Geschäftzeit bei der unterzeichneten Gemeindeverwaltung wie folgt festgelegt: Vormittags 8 bis 1 Uhr mittags, nachmittags 3 bis 6 Uhr.

Spar- und Gemeindekassen:

Vormittags 8 bis 1 Uhr mittags, nachmittags 3 bis 5 Uhr.

Röntgenisches Standesamt:

nur vormittags 8 bis 1 Uhr mittags.

In Sonnabenden und Vorabenden von Feiertag und Wochentagen durchgehend von vormittags 8 Uhr bis 3 Uhr nachmittags, sowie von vormittags 9 bis 2 Uhr nachmittags.

Briesnitz, am 8. März 1918.

Der Gemeindevorstand und Standesbeamte.

Röntgen. [S 24]

Sparpost Leuben b. Dresden, Rathaus.

Gute Gewerbeausgabe, Straßenzählung: Dresden-Laußig-Leuben (Warte) - Bahnhof Niederlößnitz. Geöffnet während der Arbeitszeit von 9 bis 1 Uhr.

Tägliche Verzinsung zu 3% Prozent. Postleitzahl Leipzig 6184. - Gemeindegeförschafft-Rente. Vermögensbericht: Amt Niederlößnitz 996. [W 56]

Anmeldung zur Landsturmrolle.

Alle hierorts aufzähllichen noch nicht ausgegebene Landsturmpflichtigen des

Jahrganges 1899

haben sich sofort und weitestens bis zum

20. März 1918

unter Vorlegung des Konsistorialausweises im Ritterhaus, 1. Stock, Zimmer Nr. 6, zur

Landsturmrolle

anzumelden. Die Konsistorialbefragung dieser Anforderung wird

nach den gegebenen Bestimmungen bestrafft.

Deuben - Dresden, am 18. März 1918.

S 24! Der Gemeindevorstand.

Ullgem. Mietbewohner-Berein

Dresden. [S 619]

Die Anmeldung der neuen Kohlenkarten und Bezugsscheine wird zur Erledigung für unsere Mitglieder zwecks Vermischung der Belieferung in der Zeit von vormittags 11-1 und nachmittags 4-7 Uhr in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. [S 619] Der Vorstand.

Nähfadenverteilung.

1. Die von der Reichsbefleidungsstelle den Kommunalverbänden auf das 1. Kalendervierteljahr

zur Verfügung gestellte Menge an Baumwollnähfaden

Baumwollnähfaden

soll ebenfalls nach ihrem Eingang vereilt werden.

2. Zum Verkaufe im Kleinhandel werden nur jüngere Kleinhändler angelassen, die bereits seit dem 1. Januar 1917 regelmäßig mit Nähfaden gehandelt haben.

3. Will ein solcher Kleinhändler diesen Nähfaden vertreiben, so hat er an seinem Geschäft einen Anschlag mit der Aufschrift „Nähfadenverkaufsstelle“ anzubringen. Der Anschlag ist vorher bei der örtlich zuständigen Stadtbezirksstelle zur behördlichen Abstempelung zu legen. Weitere Anträge über den Verkauf von solchen Nähfaden, zum Beispiel in Zeitungen durch Anzeigen u. a. sind verboten.

4. Verbraucher, die solchen Nähfaden kaufen wollen, haben sich vom

Baumwollnähfaden

in einem zugelassenen Kleinhandelsgeschäft anmelden und dabei den

Merkblatt 159

der Lebensmittelkarte vom 17. März bis 18. April 1918 abzugeben. Vorherige Anmeldungen sind unzulässig.

5. Der Kleinhändler hat über die Anmeldungen eine Liste — Kundenliste — nach einem beschriften Muster zu führen, in die er Name und Wohnung des Kunden sowie die von ihm abgegebene Anzahl der Ausweise eingetragen hat.

6. Die Ausweise hat der Kleinhändler zu sammeln und zu 100 Stück zu binden — aufzuteilen — und mit einem vorgeschriebenen Lieferchein längstens bis zum 25. März 1918 an die zuständige Stadtbezirks-Inspektion abzuliefern. Auf der Umbindung, in der sich die Ausweise befinden, ist der Name, die Adresse des Ablieferers, anzugeben. Verspätet abgegebene Ausweise können bei der Verteilung nicht berücksichtigt werden.

7. Rüste für die Kundenliste sowie Bordkarte für die Liefercheine sind bei den Stadtbezirks-Inspektionen unentgeltlich bei der Abstempelung des Anschlages „Nähfadenverkaufsstelle“ zu entnehmen. Der Zeitpunkt der Abstempelung des Anschlages sowie der Verteilung der Ausweise kann bei der Liefercheine nicht bestimmt werden.

8. Verarbeiter, die solchen Nähfaden bezahlen wollen, haben einen schriftlichen Antrag zu stellen, auf Grund dessen ihnen ein Schein — Bezugsberechtigungsschein — zum Bezug von Nähfaden erteilt wird.

9. Als Verarbeiter gelten Personen und Betriebe, die Baumwollnähfaden und Kleinhändler in ihnen übergebene Gegenstände gewerbsmäßig gegen Bezug für andere verarbeiten oder gewerbsmäßig auf Herstellung von Gegenständen verarbeiten (z. B. Mäz und Häckselnäher, Waschmäher).

10. Bordrade zu dem Antrage sind in den Stadtbezirksinspektionen unentgeltlich zu entnehmen. Die in ihnen gefestigten Fragen sind genau und gewissenhaft zu beantworten. Der Anträge ist bei der Schneiderinnung zu Dresden, Weberstraße 28, 2., einzureichen.

11. Der Zeitpunkt, von dem an diese Bordrade bei den Bezirksinspektionen zu entnehmen sind noch bestimmt werden.

12. Steinen Bezugsberechtigungsschein erhalten:

a) Betriebe, die am 1. Dezember 1917 mehr als 15 Arbeiter dauernd beschäftigen

pflichtlich beschäftigt haben. Diese erhalten Nähfaden durch die Kaufverbände jenseits

b) Unselbständige Verarbeiter, d. h. solche, die ausschließlich für andere Betriebe treibende Unternehmen gegen Zeit oder Stücklohn tätig sind. Die auf unmittelbare Verarbeiter entfallenden Mengen an Nähfaden werden bei der Ausgabe an den Unternehmer, für den sie arbeiten, berücksichtigt.

c) Betriebe, die von einer anderen Stelle als der Reichsbefleidungsstelle Nähfaden zugeteilt erhalten — z. B. Betriebe mit Heeressäuberarbeit.

13. Anstalten mit Infasen — z. B. Krankenanstalten, Privatkliniken, Erziehungsanstalten u. a. — erhalten auf ihren Antrag Bezugsberechtigungsscheine. Der Antrag ist schriftlich beim Gewerbeamt B. Neues Rathaus,

bis zum 22. März 1918

eingureichen. Er hat genaue Angaben über die Art des Betriebes, die Zahl der Infasen und den durchschnittlichen Jahresbedarf an Nähfaden zu enthalten.

14. Für andere Einrichtungen sowie sonstige behördliche Einrichtungen ist von der Reichsbefleidungsstelle eine besondere Verordnungsvorschrift vorgesehen.

15. Zuwiderhandlungen werden nach § 18 der Bekanntmachung der Reichsbefleidungsstelle zur Verteilung von Baumwollnähfaden und Kleinhändlern an Kleinhandel, Betreiber und Anstalten vom 19. Januar 1918 bestraft. Nach der gleichen Vorschrift wird bestraft

a) wer bei der Anmeldung vorzüglich unrichtige oder unvollständige Angaben macht,

b) wer sich mehr Ausweise verschafft, als ihm zusteht,

c) wer gesetzliche Ausweise oder solche mit anderer Bezeichnung einreicht oder unrichtige Angaben über die Zahl der eingereichten Ausweise macht.

Dresden, den 12. März 1918.

Der Rat zu Dresden, Gewerbeamt

[S 57]

bis zum 18. März 1918

Der Rat zu Dresden

Anlage I.

Erhebung über Kaffee-Ersatzmittel.

für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt:

§ 1. Nach den

Leben · Wissen · Kunst

Löchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

"Was ich will? Ja, ich will etwas!" Er neigte sein

Haar leicht gegen sie, seine Augen suchten bittend

ihre. "Mutter, Annemarie und ich lieben uns. Wir haben

es uns ausgesprochen — sie will mich, ich will sie. Ich will

versprechen." Er wollte zur Tür eilen.

Sie sprang auf und hieß ihn zurück: "Nein, nein, lass!"

Er zog sie zu sich heraus, herz gegen ihren Willen:

"Sündet, daß ein junger Mensch sich verliebt, wenn

es um so entgegenkommt! Mein Sohn, du wirst dich noch

verlieben. Das geht vorüber — ein Jugendtraum —

„Kinderer!"

"Nein, das ist es nicht!" Seine Mutter stieg, er wollte

zurück, aber er bestand sich. "Wir sind alt genug, um

zu wissen, was wir wollen," sagte er mit erzwungenem Lächeln.

Ob würde dich bitten, das Wort „Kinderer" nicht zu ge-

hören. Mutter. Ich bin auch nicht verliebt, wenn du es

so meinst. Es ist ein ganz anderes, ein großes Ge-

fühl, das mich erfüllt. Das uns beide erfüllt. Uns ewig

zusammen wird. Wir sind uns darüber völlig klar. Und da

es jetzt bald wieder fort muß, möchten wir uns kriege-

gen lassen."

Wiederholte, klagten — ! Ein paar Tage nur sich

und sich dann gleich trennen lassen?! Die Mutter

entließ den Sohn an.

Er sah in ihren Augen mehr als grenzenloses Ent-

sagen: ein förmliches Entsezen. "Es ist eine Überraschung

dich, nicht wahr? Aber, Mutter — " er faßte sie um, wie

je als Knabe umfangen hatte, wenn er ihr etwas ab-

wünschen wollte — du brauchst darüber doch nicht so —

— mir, so verwundert zu sein. Manche brauchen Wochen,

wie um sich kennenzulernen, wir liebten uns eben auf

einen Blick. Und das ist das Richtige, das einzige Wahre,

die große Liebe. Keine andere kommt ihr gleich. Sieh mich

nicht so an, steh doch nicht so da — was ist die denn?"

Sie fügte es besorgt, aber mehr noch verlegen: sie hatte ja

zuerst ja blau, und so, als wüsste ihr etwas Schreck-

liches verdeckt. Nun könnte sie sich doch schon von ihrer

Verlobung erholt haben. Aber sie sagte noch immer

zu. "Du sagst ja nichts — Mutter!" Es war ungeduldig,

so überzeugt war, wollte er wohl glauben, über ihn

der war es ja gekommen wie ein Sturzbach. "So sag'

so einfach etwas!"

"Was soll ich sagen — dazu sagen?! Das ist ja so

schönlich, so, so — !" Sie sang nach einem Ausdruck, sie

hatte ihn nicht verloren, aber nun fuhr es ihr doch heraus:

„Schwärber! Kannst du denn denken, wir würden zu solcher

Art unsere Einwilligung geben?"

"Torheit?" Gereizt fuhr er auf. "Du nennst Torheit,

du einziger Vertrümpfte ist. Ihr versteht das aber eben

nicht!"

"Ach Gott, Rudolf, du bist ja so jung, viel zu jung,

um dir daran denken, zu beraten! Was bist du denn,

was du denn? Du kannst ja noch nicht einmal für dich

jetzt jagen."

Er sah sie ganz erstaunt an. "Die soll doch da, ihr

seid schon sorgen — selbstverständlichkeit."

"So — selbstverständlich?" Ein bitteres Gefühl stieg

ihre auf: gestoßen werden die Eltern nicht. Aber dafür sind

jetzt schon dürfen sie, für alles auftreten. "Du irrst

so richtig. Sie war plötzlich ganz falt, gegen ihre sonstige

etwa weiche Stimme wurde hart. "Solche Torheit werde

me unterführen. Schreibe an deinen Vater, frage ihn,

wird dir daselbe sagen. Ich gebe es nicht zu."

"Gib du es zu oder gib es nicht zu!" Sein Fuß trat

jetzt auf. "Annemarie wird meine Frau, und zwar jetzt

jetzt — sag was ihr wollt, ich lasse mich trauen!" Er

zog sich aus dem Zimmer, er schlug die Tür hinter sich zu.

"Ach Gott, wenn ihr Mann doch hier wäre! Der würde

den Menschen, der noch ein Knabe war, schon zur Vernunft

bringen. Sie war zu schwach dageg. Immer hatte sie Rudolf

fürchtet, ihn umzutragen, ihn geliebt über alle Maßen — das

war mir der Don! Die Mutter stand wie vernichtet. Was

ist sie nun, wie sie widersehen? Oh, das doch ihr Mann!

Sie fühlte plötzlich eine heile

Aufregung.

Sie lasse mich trauen, hatte der Junge gesagt. Eine

Angstzitterung, — als ob das so gar nichts wäre. Wußte

den nicht, daß nach diesen paar Tagen des Nauchses noch

leben kann, ein ganz anderes? Jetzt war alles aus den

Händen, aber war die Ordnung aller Dinge wieder da-

rum, würde Annemarie dann noch die Rechte für ihn sein?

Ja, das ist, ein vergnüglicher Kamerad, aber wohl keine Frau

zu bestehendem, innerem Wert. Jetzt erst glaubte sie das

Kind wirklich zu kennen. Das Mädchen, das gern zugriff,

um es nichts anderes zu erwarten hatte. Kein Vermögen,

kein Gelehrten; wenn das bisschen Jugend vorbei war, befand

sie sich auf den Thron. Sie sah eine lange Weile,

die Hände in beide Hände gestützt. Dann stand sie auf, sie

ließ sich, gleich noch einmal ruhiger mit ihm sprechen.

Aber Emilia sagte, der junge Herr sei mit Fräulein

Auguste sonderbar gegangen.

Die Mutter stieg hinauf in sein Zimmer: das war so

immer, nur er war anders. In trübem Sinnen verloren

zu se. Dann erschmerrte sie, daß im Nebenzimmer ihr

Heim am Fenster stand. Er hatte die Arme über der

Brust verschränkt und sah hinunter zum Haus der Blüte-

straße, das jetzt am Ende des Gartens hinter dem kleinen

Garten deutlich zu sehen war. Es lag still, wie ver-

zogen.

"Am was denkt du denn, mein Sohn?" Sie berührte

die Schulter.

Er hatte ihren Eintritt nicht bemerkt, ihre Frage wohl

zweig, stieg er unverzisch.

Sie zog sie sich wieder zurück. Es war ihr plötzlich, als

sei sie wieder einfaßt geworden, aber viel einsamer, als da

die beiden fort waren im Kriege.

Sie konnte es nicht über sich gewinnen, zum Abendessen

hinunter zu gehen. Emilia mußte sie mit Kopfschmerzen ent-

schüttigen. Sie legte sich zu Bett, aber von unten heraus

schallte volles, fröhliches, läudendes Lachen. Das waren

Rudolf und Annemarie — die konnten heller sein? —

Hedwig Berthold fand seinen Schlaf diese Nacht, um

Mittwochabend herauf zu ziehen, zog sich notdürftig an und schrieb

an ihren Mann. Ihre Hand zitterte; aber er würde ja auch

diese geteilten Seiten lesen können. Noch nie hatte sie so

an ihn geschrieben. Noch nie hatte sie so stark gefühlt, daß

sie zusammen gehörten, wie in dieser Stunde des inneren

Wiederholts. Würde er es auch eine Kinderrei, eine Torheit,

ein hellen Wahnsinn nennen, wie sie es nannte? Wenn er

das nicht tat, dann wollte sie sich fühlen; aber sie wußte, er

würde mit ihr einer Meinung sein.

Der Brief wurde lang. Über dem Schreiben wurde sie

ruhiger; sie beschloß, am kommenden Tag noch einmal mit

Rudolf zu sprechen. Ihre Gründe würde er ja anerkennen

müssen, ehe sie ihn annehmen. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie schickte ihn ab und

zog sich wieder in ihr Bett. Sie schrieb einen

leichten, doch sehr ehrlichen Brief, der sie einem so überragenden

Wiederholter nicht passen würde. Sie

